

Beschluss des SPD-Landesvorstands vom 1. Oktober 2005

Entwurf des Wahlprogramms der SPD zur Landtagswahl 2006

POLITIK MIT WEITBLICK.

Das Zukunftsprogramm für Sachsen-Anhalt.



Inhaltsübersicht

- 1
2
3 **Präambel: Politik mit Weitblick**
4
5 Wo stehen wir?
6 Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?
7 Was müssen wir bis 2011 verwirklichen?
8
9 **► Leitbild 1: Sachsen-Anhalt – ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort**
10 *Wirtschaft und Arbeit – berufliche Bildung - Infrastruktur - Energiepolitik*
11
12 **► Leitbild 2: Sachsen-Anhalt – ein modernes und leistungsfähiges Bildungsland**
13 *Frühkindliche Bildung - Schule - Hochschule*
14
15 **► Leitbild 3: Sachsen-Anhalt – eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft**
16 *Familienpolitik - Jugendarbeit – Demografischer Wandel*
17
18 **► Leitbild 4: Sachsen-Anhalt – ein soziales und sicheres Land**
19 *Gesundheit – Chancengleichheit – Innere Sicherheit – Justiz - Katastrophenschutz*
20
21 **► Leitbild 5: Sachsen-Anhalt – ein lebenswertes und weltoffenes Gemeinwesen**
22 *Wohnungs- und Städtebaupolitik – Ländlicher Raum – Umwelt- und Naturschutz – Kultur*
23 *– Sport – Einsatz gegen Rechtsextremismus – Aktive Bürgergesellschaft*
24
25 **► Leitbild 6: Sachsen-Anhalt – ein solider Haushalt und eine leistungsstarke**
26 **Verwaltung**
27 *Haushaltskonsolidierung – Kommunal- und Funktionalreform – E-Government*
28
29
30 **Aufruf: Unser Land gemeinsam gestalten**

1 PRÄAMBEL: POLITIK MIT WEITBLICK

2
3 Sachsen-Anhalt hat sich seit 1990 positiv entwickelt. Das ist vor allem ein Verdienst der
4 Menschen in unserem Land. Nun stehen wir vor der Aufgabe, den Aufbau fortzusetzen.

5
6 Vor uns liegen drei Legislaturperioden, die für die Entwicklung Sachsen-Anhalts von ent-
7 scheidender Bedeutung sind. Denn in diesem Zeitraum werden sich die demografischen
8 und finanziellen Voraussetzungen noch stärker verändern als in den vergangenen 15
9 Jahren.

10
11 Sachsen-Anhalt muss sich trotz abnehmender Bevölkerungszahl und geringeren Finanz-
12 mitteln im internationalen Standortwettbewerb behaupten und seinen Platz in der globali-
13 sierten Weltwirtschaft finden. Dabei stehen wir vor der Herausforderung, unser Land wirt-
14 schaftlich stark , damit dauerhaft wettbewerbsfähig zu machen und gleichzeitig die soziale
15 Balance zu wahren.

16
17 Die SPD steht deshalb für ein wirtschaftlich starkes und soziales Sachsen-Anhalt. Wir
18 wollen ein Land, in dem die Menschen gern leben und arbeiten und mit dem sie sich iden-
19 tifizieren, weil sie sich sicher und gut aufgehoben fühlen.

20
21 Wir wollen Sachsen-Anhalt zum „Bildungsland“ machen, damit sich die Chancen für die
22 heranwachsende Generation deutlich verbessern. Und wir wollen ein kinder- und familien-
23 freundliches Land, in dem Kinder als Bereicherung empfunden werden und die Familien
24 gestärkt werden.

25
26 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie bil-
27 den auch das Fundament unseres Programms für die kommende Legislaturperiode und
28 bestimmen unsere Ziele:

- 29 - wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit verbinden,
- 30 - die Chancen auf gute Bildung und Ausbildung und auf einen existenzsichernden
31 Arbeitsplatz für alle verbessern,
- 32 - einen verantwortlichen Staat erhalten, der dort eingreift und unterstützt, wo sich die
33 Menschen nicht selbst helfen können,
- 34 - unser Land langfristig unabhängig machen von Finanztransfers.

35
36 Mit diesem Programm wollen wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen und das
37 Land voran bringen. Die gegenwärtige CDU-/FDP-Landesregierung hat kein Konzept für
38 die Entwicklung Sachsen-Anhalts. Sie hat nur verwaltet statt Zukunft zu gestalten. Sie hat
39 keine Aufbruchstimmung geschaffen und die Menschen nicht mitgenommen. Vor allem
40 aber hat es die schwarz-gelbe Landesregierung nicht geschafft, die wirtschaftliche Ent-
41 wicklung entscheidend voranzubringen, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen und
42 die Abwanderung zu stoppen. CDU und FDP sind mit ihren unrealistischen Wahlverspre-
43 chen gescheitert.

44
45 Die Konservativen und Neoliberalen haben keine Vorstellung, wie in schwierigen Zeiten
46 Solidarität und Zusammenhalt gesichert werden können. Sie setzen einseitig auf die Ent-
47 wicklung der Wirtschaft und verlieren dabei die sozialen Dimensionen aus dem Auge.

48
49 Unser Gesellschaftsbild ist ein anderes. Für uns gehören wirtschaftlicher Erfolg, Solidari-
50 tät und Mitmenschlichkeit zusammen. Sie sind die Fundamente, auf denen sich unsere
51 Gesellschaft gründet und auch weiterhin gründen soll.

1 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns in intensiven inhaltlichen Dis-
2 kussionen konstruktiv mit der Zukunft unseres Landes beschäftigt. Wir haben detaillierte
3 Zukunftsentwürfe zu den wichtigsten politischen Themen vorgelegt, die sich auch in die-
4 sem Wahlprogramm wiederfinden. Es stellt damit eine klare politische Alternative zum
5 bloßen „Weiter-So“ der Landesregierung dar.

6
7 Unser Regierungsprogramm ist gleichermaßen zukunftsgerichtet, realistisch und konkret:

- 8
- 9 - weil es ehrgeizige und erreichbare Ziele formuliert und somit die Frage beantwor-
10 tet, wo wir 2020 stehen wollen,
- 11 - weil es aus den Zielen konkrete Vorhaben ableitet, die sich in der nächsten Wahl-
12 periode bis 2011 umsetzen lassen, und
- 13 - weil es sich auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren lässt.

14
15 Wir wissen, dass wir in den nächsten Jahren mit schwierigen Rahmenbedingungen zu-
16 recht kommen müssen. Alle Analysen zeigen, dass Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2020
17 mit geringeren finanziellen Einnahmen und weiterem Bevölkerungsrückgang rechnen
18 muss.

19
20 Darauf wollen wir mit kluger und konsequenter Politik reagieren. Es gilt, sich auf Schwer-
21 punkte zu konzentrieren und dies mit einer soliden Haushaltspolitik zu verbinden. Wir
22 können nicht mehr alles Wünschenswerte bezahlen und müssen vor allem bei den Ver-
23 waltungskosten sparen und Bürokratie abbauen. Denn nur das eröffnet finanzielle Spiel-
24 räume für die konkreten Vorhaben der nächsten Jahre:

- 25
- 26 - eine zielgenaue Wirtschaftsförderung, wozu nach wie vor die Neugewinnung von
27 Unternehmen, die Förderung von Existenzgründungen und die Unterstützung der
28 bestehenden Firmen zählen,
- 29 - eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die auch schwächeren und weniger gut ausgebilde-
30 ten Menschen eine Perspektive bietet, die die Älteren nicht verloren gibt und den
31 Jüngeren den Berufseinstieg ermöglicht,
- 32 - eine Weiterentwicklung unserer Verkehrsinfrastruktur, um so die Entwicklung der
33 Wirtschaft zu unterstützen,
- 34 - Investitionen in unser Bildungssystem, damit es besser und gerechter wird; begin-
35 nend in der Kindertagesstätte über Schule, Berufsausbildung und Hochschule,
- 36 - Förderung von Wissenschaft und Forschung als Investition in die Zukunft,
- 37 - Initiativen für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, damit wieder mehr
38 Kinder geboren werden und diese bessere Entwicklungschancen erhalten,
- 39 - gezielte Investitionen, die das Leben in den Städten und auf dem Land lebenswert
40 erhalten (zum Beispiel Umweltschutz, Kultur und Sport),
- 41 - Investitionen in die soziale Infrastruktur (zum Beispiel Wohnen im Alter), denn hier
42 wird Sachsen-Anhalt aufgrund der demografischen Entwicklung (insbesondere der
43 Alterung der Gesellschaft) vor besonderen Herausforderungen stehen.

44
45 Die Konzentration auf das wirklich Notwendige verlangt den Menschen viel ab und erforder-
46 t deshalb Transparenz und Ehrlichkeit. Diesen Anspruch wollen wir mit unserem Pro-
47 gramm einlösen. Wir sagen vorher, was Sache ist. Und wir versprechen nur das, was wir
48 umsetzen können.

1 Wir beschreiben unsere wichtigsten politischen Vorhaben in sechs Leitbildern:
2

- 3 Sachsen-Anhalt
- 4 ▶ ein starker und innovativer Wirtschaftsstandort
 - 5 ▶ ein modernes und leistungsfähiges Bildungsland
 - 6 ▶ eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft
 - 7 ▶ ein soziales und sicheres Land
 - 8 ▶ ein lebenswertes und weltoffenes Gemeinwesen
 - 9 ▶ eine effiziente und leistungsstarke Verwaltung

10 Für diese Leitbilder entwerfen wir Visionen für das Jahr 2020 und leiten daraus konkrete
11 Schritte für die Legislaturperiode bis 2011 ab.
12

13 Unser Anspruch ist Politik mit Weitblick. Diese Politik wird unser Land voranbringen. Des-
14 halb bitten wir um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen.
15
16

1 ▶ LEITBILD 1

2 SACHSEN-ANHALT – EIN STARKER UND INNOVATIVER WIRTSCHAFTS- 3 STANDORT

4 5 **Wo stehen wir?** 6

7 Die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor dramatisch hoch. Arbeitslosigkeit
8 ist gleichbedeutend mit dem Ausschluss von Menschen aus einem Kernbereich gesell-
9 schaftlicher Teilhabe. Gerade deshalb muss sozialdemokratische Politik nachdrücklich
10 dem Ziel der Arbeit für alle verpflichtet bleiben. Existenzsichernde und gerecht bezahlte
11 Arbeit ist für uns die zentrale Voraussetzung von Gerechtigkeit.
12

13 Die vordringlichste Aufgabe unserer Politik in den kommenden Jahren ist es, zur Reduz-
14 zierung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Dies ist umso nötiger, als die Politik der gegen-
15 wärtigen Landesregierung ihren eigenen Ansprüchen nicht standgehalten hat. „Höppner
16 geht, die Arbeit kommt“ ist ein leeres Versprechen geblieben. Dafür sprechen eindeutige
17 Fakten: Die Zahl der Beschäftigten insgesamt sinkt, die Zahl der Langzeitarbeitslosen
18 steigt, der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen liegt über dem Durchschnitt Ostdeutsch-
19 lands.
20

21 Die wirtschaftliche Entwicklung stellt sich differenziert dar. Das verarbeitende Gewerbe
22 befindet sich seit der Mitte der 90er Jahre auf Wachstumskurs. Die Exportquoten haben
23 sich verbessert, mehrere Branchen entwickeln sich seit Jahren positiv. Dem gegenüber
24 stehen massive Einbrüche unter anderem im Baugewerbe, so dass es in den letzten Jah-
25 ren weder gelang, ein nennenswertes Wirtschaftswachstum zu erzielen noch den Ar-
26beitsplatzabbau zu stoppen.
27

28 Sachsen-Anhalts Wirtschaft mangelt es noch aus einem anderen Grund an Dynamik: Der
29 Anteil neuer Technologien und innovativer Produkte ist nach wie vor vergleichsweise ger-
30 ring. In unseren Betrieben wird immer noch zu wenig in Forschung investiert, die Koope-
31 ration zwischen Hochschulen und Firmen ist noch zu schwach entwickelt.
32

33 Eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre wird sein, die Infrastruktur im Land zu optimie-
34 ren. Der wirtschaftliche und demographische Wandel wird auch Auswirkungen auf die
35 Verkehrsinfrastruktur haben und neue Anforderungen an eine intelligente Verkehrspolitik
36 mit sich bringen. Eine international arbeitsteilig organisierte Industrie mit deutlichem Wirt-
37 schaftswachstum in Osteuropa und eine geringere Bevölkerungsdichte bei hoher berufli-
38 cher Flexibilität werden den Bedarf an Mobilität nicht sinken, sondern wachsen lassen.
39

40 Überdimensionierte Verkehrsinfrastrukturprojekte, wie sie teilweise in der Vergangenheit
41 geplant wurden, sind angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen ebenso wenig zu
42 verantworten wie sinnlose Doppelangebote im öffentlichen Nahverkehr. Neubauvorhaben
43 werden in Zukunft eine Ausnahme sein; der Erhalt der bestehenden Netze steht im Mit-
44 telpunkt der staatlichen Investitionstätigkeit. Wesentlich dabei ist die Dienstleistungsfunk-
45 tion der Netze für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes und die Mobilität der
46 Menschen. Das verlangt auch eine regelmäßige Überprüfung der Prioritäten etwa im
47 Landesverkehrswegeplan.
48

49 Sachsen-Anhalts Wirtschaft muss sich weltweit behaupten. Dabei hilft uns unsere strate-
50 gisch günstige Lage im Herzen Europas. Es gilt nun, die Wirtschaftskontakte gerade zu

1 den EU-Beitrittsländern auszubauen und dort zusätzliche Absatzmärkte für unsere Unter-
2 nehmen zu schaffen. Das Land muss die Wirtschaft deshalb noch intensiver auf dem
3 Weg in ein größeres Europa begleiten.

4
5 Die Umsetzung dieser Politik wird den Abbau der Arbeitslosigkeit nur in kleinen Schritten
6 ermöglichen. Die demografische Entwicklung kann den Arbeitsmarkt aber etwa ab 2010
7 spürbar entlasten. Denn dann scheiden deutlich mehr Menschen aus dem Erwerbsleben
8 aus und machen Platz für junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte. Diese Chance müssen
9 wir durch eine vorausschauende Politik nutzen – vor allem, indem wir uns auf eine gute
10 Ausbildung für die Jugendlichen konzentrieren. Denn sie sind die Fachkräfte von morgen.

11 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

12 *Arbeit, Ausbildung und Qualifikationsniveau stimmen*

13
14 Die Arbeitslosigkeit hat sich deutlich verringert. Dazu leistet auch öffentlich geförderte,
15 gemeinnützige Arbeit ihren Beitrag. Der demografische Wandel ist gut bewältigt. In den
16 Unternehmen ist der Anteil junger, gut ausgebildeter Arbeitskräfte gegenüber heute deut-
17 lich gestiegen. Auf Erfahrung und Ideen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
18 wird nicht verzichtet. Sachsen-Anhalt ist in der Lage, den Nachwuchs für die Wirtschaft
19 aus eigener Kraft bereit zu stellen. Den Unternehmen stehen Hochschulabsolventinnen
20 und –absolventen und gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter in ausrei-
21 chender Anzahl zur Verfügung. Für die berufliche Ausbildung gibt es genügend betriebli-
22 che Ausbildungsplätze.

23 *Stabile Wirtschaftsstruktur*

24
25 Die Zahl der Unternehmen hat sich erheblich vergrößert. Der Anteil exportorientierter Fir-
26 men an der Gesamtzahl ist gewachsen, ebenso der Anteil derjenigen Firmen, die auf in-
27 novative Produkte setzen. Sachsen-Anhalt verfügt über Wirtschaftskontakte in alle Welt.
28 Unsere Unternehmen investieren auch außerhalb der Landesgrenzen, gleichzeitig bleiben
29 wir offen für neue Firmen, die bei uns investieren. Sachsen-Anhalts Unternehmen verbind-
30 en ihr Gewinninteresse mit sozialer Verantwortung. Sie sind offen für flexible Arbeits-
31 zeitmodelle und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Väter und Müt-
32 ter.

33 *Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft*

34
35 Die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft stimmen: ein gut ausgebautes Verkehrs-
36 system, eine funktionierende und bezahlbare Energieversorgung, ein ausreichendes Re-
37 servoir an Fachkräften und eine dienstleistungsorientierte Verwaltung. Die Wirtschaftsför-
38 derung in Sachsen-Anhalt ist hoch effektiv, weil unbürokratisch und zielgenau. Die im
39 Vergleich zu heute deutlich geringere öffentliche Förderung kommt vor allem dem Bereich
40 Forschung und Innovation zugute.

1 **Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?**

2
3 **Wirtschaft**

4
5 **Wirtschaftsförderung verbessern**

- 6 ▪ Förderung nur noch von Investitionsvorhaben, die neue Arbeitsplätze schaffen
7 und von Rationalisierungsinvestitionen zur Standortsicherung
8 ▪ Grundförderung weiterhin in jeder Region und für jede Branche möglich
9 ▪ Gezielter Einsatz der Höchstförderung in starken Branchen, Clustern und
10 Standorten
11 ▪ Abstimmung im Dialog mit der Wirtschaft

12
13 **Zukunftsbranchen und Zukunftstechnologien gezielt fördern, die Innovationsfähig-**
14 **keit der Wirtschaft stärken**

- 15 ▪ Konzentration auf die Förderung innovativer Unternehmen
16 ▪ Bevorzugung technologieorientierter Existenzgründungen
17 ▪ Verstärkte Förderung von Forschungsnetzwerken und der Kooperation von
18 Wirtschaft und Wissenschaft, um u.a. Medizin-, Umwelt-, Nano- und Informati-
19 onstechnologie voranzubringen
20 ▪ Weiterer Ausbau der „roten“ und „grünen“ Biotechnologie bei Wahrung der Inte-
21 ressen der Verbraucher und Landwirte

22
23 **Sachsen-Anhalt zum Gründerland machen**

- 24 ▪ Überwindung bürokratischer Hürden für Existenzgründungen
25 ▪ Verbesserung der Beratung im Vorfeld und in der Anfangsphase einer Exis-
26 tenzgründung
27 ▪ Gezielte finanzielle Unterstützung insbesondere bei Gründungsvorhaben im Be-
28 reich innovativer Technologien

29
30 **Traditionell starke Branchen begleiten**

- 31 ▪ Förderung der Ernährungsindustrie durch gezielte Marketingmaßnahmen für
32 unsere Qualitätsprodukte
33 ▪ Erhalt der starken Wettbewerbsposition unserer Chemie, Verhinderung negati-
34 ver Auswirkungen der europäischen Chemikalienpolitik
35 ▪ Förderung von Innovationsnetzwerken u.a. im Bereich der Automobilzulieferer
36 und des Maschinenbaus
37 ▪ Weiterentwicklung Sachsen-Anhalt als Tourismusland: gezielte Förderung von
38 Kulturtourismus, naturnahem Tourismus, Wellness-Angeboten

39
40 **Zukunftsorientierte Landwirtschaft**

- 41 ▪ Erhalt unserer zukunftsorientierten Landwirtschaft mit tragfähiger wirtschaftli-
42 cher Basis
43 ▪ Unterstützung regionaler ländlicher Wirtschaftskreisläufe
44 ▪ Erhalt der Wettbewerbsbedingungen unserer Landwirtschaft im Rahmen der
45 europäischen Agrarpolitik
46 ▪ Fortsetzung der Förderprogramme im Agrar-Umwelt-Bereich, Förderung Ar-
47 beitsplatz schaffender Investitionen im Bereich der Tierproduktion unter Einhal-
48 tung von EU-Standards, der Direktvermarktung und der Weiterentwicklung des
49 ökologischen Landbaus

Regionen wirtschaftlich profilieren

- Zielgenauer Einsatz der begrenzten Mittel der Wirtschaftsförderung, um in den Regionen jeweils die Branchen zu fördern, die der Profilierung dienen und so Folgeinvestitionen nach sich ziehen
- Altmark: u.a. Ernährungs- und Holzwerkstoffindustrie, Automobilzulieferer, nachwachsende Rohstoffe, Tourismus
- Magdeburg: u.a. Maschinenbau, Automobilzulieferer, Medizintechnologie, Pharmaindustrie, Dienstleistungsgewerbe, Logistik, Kalibergbau
- Harz: u.a. Tourismus, Metallverarbeitung, Pflanzenzüchtung, Biotechnologie
- Anhalt: u.a. Chemie, Maschinenbau, Ernährungsindustrie, Solarenergie, Tourismus
- Halle: u.a. Chemie- und Kunststoffindustrie, Ernährungsindustrie, Biotechnologie, Nanotechnologie, Informationstechnologie, Medien, Abfallwirtschaft, Braunkohlebergbau

Institutionen der Wirtschaftsförderung bündeln

- Fusion von Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WiSA) und Landesmarketinggesellschaft (LMG) zur neuen Sachsen-Anhalt-Agentur
- Bündelung aller Förderprogramme in der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, Ausbau zur Investitions- und Innovationsbank

Exportquote der Wirtschaft erhöhen

- Kooperation mit den EU-Beitrittsländern durch grenzüberschreitende Netzwerke erweitern
- Ausbau internationaler Kontakte
- Stärkung der Außenwirtschaftsförderung
- Verbesserung des Standortmarketings

EU-Förderung sichern

- Sicherung der EU-Förderung auf hohem Niveau auch nach dem Auslaufen der aktuellen Förderperiode 2000-2006
- Sinnvoller, effizienter und transparenter Einsatz der EU-Fördergelder im Land
- Rechtzeitige Wahrung des Landesinteresses bei europäischen Gesetzgebungsverfahren (z.B. Chemikalienpolitik, Dienstleistungsrichtlinie, Zuckermarktordnung)

Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern

- Weiterentwicklung des Mittelstandsförderungsgesetzes im Dialog mit der Wirtschaft
- Umfassender Bürokratieabbau auf Landes- und kommunaler Ebene
- Verbessertes Zugang des Mittelstandes zu Public-Private-Partnership-Projekten (PPP)

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktprogramm für Geringqualifizierte (Modellprojekt „Magdeburger Alternative“)

- Auslotung der Erfolgchancen des an der Magdeburger Universität entwickelten Vorschlags in einem Modellprojekt

- 1 ▪ Senkung der Arbeitskosten der Unternehmen durch Übernahme der Sozialver-
- 2 sicherungsbeiträge von neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- 3 durch den Staat, dabei Erhalt des Nettolohnniveaus
- 4 ▪ Förderung bei nachweislicher Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Sachsen-
- 5 Anhalt
- 6 ▪ Begrenzung des Versuchs auf eine Laufzeit von zehn Jahren und auf eine noch
- 7 festzulegende Zahl der maximal geförderten Stellen
- 8 ▪ Wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs durch ein unabhängiges
- 9 Gremium

10

11 ***Neue Beschäftigung durch Arbeitszeitpolitik schaffen***

- 12 ▪ Verbesserte Nutzung der Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung
- 13 ▪ Reduzierung von regelmäßig anfallenden Überstunden
- 14 ▪ Bessere Verzahnung der Erwerbsphasen mit Familienphasen mit dem Ziel der
- 15 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

16

17 ***Branchenspezifische Mindestlöhne einführen***

- 18 ▪ Stärkere Anwendung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung (Ausweitung der
- 19 Anwendung der Mindeststandards auch auf nicht-tarifgebundene
- 20 Betriebe)
- 21 ▪ Ausweitung des Entsendegesetzes über das Baugewerbe hinaus

22

23 ***Arbeitsmarktreform weiter entwickeln***

- 24 ▪ Angleichung des Regelsatzes Ost (331 Euro) beim Arbeitslosengeld II auf den
- 25 Regelsatz West (345 Euro)
- 26 ▪ Höhere Freibeträge bei der Altersvorsorge
- 27 ▪ Beratungs-, Vermittlungs- und Eingliederungsleistungen durch die Bundesagen-
- 28 tur für Arbeit auch für bisher nicht Leistungsberechtigte

29

30 ***Alternativen für Ältere und Langzeitarbeitslose entwickeln***

- 31 ▪ Pakt mit der Wirtschaft für die Beschäftigung Älterer
- 32 ▪ Kampagne für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- 33 zur Nutzung ihrer hohen Leistungsfähigkeit und – bereitchaft
- 34 ▪ Befristetes Programm „Aktiv zur Rente“ für Langzeitarbeitslose über 55 Jahre
- 35 ohne Perspektive auf Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt mit der Bundes-
- 36 agentur für Arbeit (in Anlehnung an das sachsen-anhaltische Modell „Aktiv zur
- 37 Rente“)

38

39 ***Gemeinwohlorientierte Bürgerarbeit einführen***

- 40 ▪ Bundesweite Einrichtung auf Dauer öffentlich finanzierter gemeinwohlorientier-
- 41 ter Bürgerarbeit (GoBa); Umsetzung in Sachsen-Anhalt als Bürgerarbeit mit
- 42 Bürgerarbeitsstellen.
- 43 ▪ Definition von gemeinnütziger Bürgerarbeit in den Bereichen touristische Infra-
- 44 struktur, Freizeit und Sport, Umwelt-, Landschafts-, Natur- und Tierschutz, sozi-
- 45 ale Betreuung
- 46 ▪ Verknüpfung aller Förderinstrumente des SGB II zur kurzfristigen Finanzierung
- 47 von Bürgerarbeitsstellen in Sachsen-Anhalt
- 48 ▪ Schaffung eines bundesweiten GoBa-Fonds zur mittelfristigen Finanzierung von
- 49 Beschäftigungsprojekten in diesem Bereich
- 50 ▪ Weiterentwicklung, Fortschreibung und Qualifizierung von GoBa durch Evaluie-
- 51 rung und wissenschaftliche Begleitung

Berufliche Bildung

Investitionen in die Köpfe verstärken

- Deutliche Ausweitung des betrieblichen Ausbildungsplatzangebotes
- Erhalt der bestehenden Verbundausbildung sowie Entwicklung und Unterstützung von betriebsübergreifenden Ausbildungskooperationen
- Branchenvereinbarungen nach dem Beispiel der chemischen Industrie sowie der Metall- und Elektroindustrie zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und zur Erhöhung der Übernahmequote
- Einrichtung regionaler Nachwuchskräftepools und deren verstärkte Nutzung zur innerbetrieblichen Fort- und Weiterbildung
- Verbesserung der Möglichkeiten zu berufs begleitender Qualifikation

Duale Berufsausbildung weiter entwickeln

- Weiterentwicklung der Berufsbildenden Schulen zu leistungsfähigen, eigenverantwortlich agierenden Berufsbildungszentren
- Zeitnahe Ausrichtung der Ausbildungsberufe am Bedarf des Arbeitsmarktes
- Stärkere Modularisierung der Berufsausbildung
- Ausgestaltung des neuen Berufsbildungsgesetzes (u. a. Möglichkeit der Kammerprüfungen für schulische Berufsausbildungen, stärkere Einbeziehung von ausländischen Ausbildungsanteilen)
- Einführung eines Programms zur Förderung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss

Infrastruktur

Infrastruktur gezielt ausbauen

- Regelmäßige Überprüfung der Prioritäten im Landesverkehrswegeplan
- Zügiger Baubeginn für die Nordverlängerung der A 14 und die B 190n als zentrale Infrastrukturvorhaben für die wirtschaftliche Stärkung
- Konsequente Abarbeitung der Ortsumgehungsprojekte im Bundesverkehrswegeplan und Ausfinanzierung der B 6n
- Verstärkte Einbindung der drei Oberzentren in das ICE-/IC-Netz
- Orientierung des Schienengüterverkehrsangebots am Bedarf der transportierenden Wirtschaft
- Kein Elbe-Ausbau
- Konzentration der Luftverkehrspolitik auf den Flughafen Leipzig/Halle als Verkehrsflughafen des Landes; kein Einsatz von Landesmitteln für den Ausbau anderer Flughäfen

Energiepolitik

Energieerzeugung als wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickeln

- Weiterhin Abbau von Braunkohle und Verstromung in modernen, effizienten Kraftwerken
- Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
- Schaffung eines bundesländerübergreifenden Forschungsverbundes „Erneuerbare Energien für Mitteldeutschland“ mit Sitz in Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung von Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten, Universität Magdeburg, Hochschule Magdeburg-Stendal, Hochschule Anhalt

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23
 - 24
 - 25
 - 26
 - 27
 - 28
 - 29
 - 30
 - 31
 - 32
 - 33
 - 34
 - 35
 - 36
 - 37
 - 38
 - 39
 - 40
 - 41
 - 42
 - 43
 - 44
- Förderung erneuerbarer Energien fortsetzen (Solarenergie, Windenergie, Biomasse, Biokraftstoffe u.a.)
 - Nutzung der Windenergie unter Wahrung des Interessenausgleichs mit den Bürgerinnen und Bürgern
 - Verstärkte Nutzung von Dachflächen zur Solarenergie-Gewinnung

1 ▶ LEITBILD 2

2 SACHSEN-ANHALT - EIN MODERNES UND LEISTUNGSFÄHIGES 3 BILDUNGSLAND

4 5 **Wo stehen wir?** 6

7 Sämtliche Studien der vergangenen Jahre bescheinigen Deutschlands Bildungssystem
8 ein Gerechtigkeitsproblem. In kaum einem anderen Land ist die soziale Herkunft für den
9 schulischen Erfolg, aber auch für die Aufnahme eines Studiums so ausschlaggebend.
10 Bildungs- und Berufschancen sowie die spätere erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft
11 hängen maßgeblich von der „Bildungskarriere“ ab.
12

13 Kinder, die Kindertageseinrichtungen besuchen, haben bessere Schulergebnisse, Bildung
14 von Anfang an bietet Kindern bessere Entwicklungschancen. Die Qualität der Kinderta-
15 geseinrichtungen mit dem Fokus auf frühkindliche Bildung ist in Sachsen-Anhalt noch
16 nicht ausreichend. Die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule muss
17 verbessert werden, damit es nicht zu Brüchen kommt.
18

19 CDU und FDP in Sachsen-Anhalt haben mit ihren Entscheidungen für eine Zugangsbe-
20 schränkung zum Gymnasium und für die Wiedereinführung des Hauptschulbildungsgan-
21 ges während ihrer Regierungszeit dafür gesorgt, dass die Chancengleichheit der jungen
22 Menschen im Hinblick auf ihren späteren Bildungs- und Berufsweg nicht mehr gewahrt ist.
23 Wer bereits Zehnjährige streng nach Schulformen separiert, zementiert die soziale Spal-
24 tung im deutschen Bildungssystem.
25

26 Die Studien bescheinigen unserem Bildungssystem jedoch auch ein Leistungsproblem.
27 So war in Sachsen-Anhalt in den vergangenen Jahren die Zahl der Schulabgängerinnen
28 und Schulabgänger eines Jahrgangs ohne Abschluss so hoch wie in keinem anderen
29 Bundesland. Diesen Zustand gilt es zu verbessern.
30

31 Die SPD tritt für eine Fortsetzung der inneren Schulreform, gegen die gegenwärtig zu frü-
32 he Trennung der Bildungswege und für ein längeres gemeinsames Lernen in einer All-
33 gemein bildenden Oberschule (AOS) ein. Jedoch sagen wir auch ganz klar: neuerliche
34 Veränderungen unseres Schulsystems benötigen eine breite gesellschaftliche Mehrheit
35 und ausreichend Zeit zur Planung, Vorbereitung und Umsetzung.
36

37 Hoffnungsvoll stimmen uns die Ergebnisse der nationalen PISA-2003-Studie. Die im
38 Frühjahr 2003 getesteten 15-jährigen Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt
39 konnten sich gegenüber dem Jahr 2000 deutlich verbessern. Erstmals wurden Jugendli-
40 che getestet, die die von der SPD-Landesregierung 1997 eingeführte gemeinsame För-
41 derstufe in den Klassenstufen 5 und 6 sowie den 1999 eingeführten gemeinsamen Se-
42 kundarschulbildungsgang ab Klassenstufe 7 durchlaufen haben. Diese Schülerinnen und
43 Schüler haben mindestens sechs Jahre gemeinsam gelernt. Sachsen-Anhalt erntet nun
44 die ersten Früchte einer Schulreform, die von CDU und FDP erst schlecht geredet und
45 dann abgeschafft wurde.
46

47 Wie kaum ein anderer Bereich sind unsere Schulen von demografischen Veränderungen
48 betroffen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird sich zum Ende dieses Jahrzehnts
49 gegenüber dem Jahr 1990 mehr als halbiert haben. Die CDU/FDP-Landesregierung hat
50 darauf mit einer rigiden Politik reagiert, die eine Vielzahl von Schulschließungen zur Folge

1 hat. Aus Sicht der SPD müssen Standortfragen jedoch stärker unter dem Aspekt des Er-
2 halts wohnortnaher Schulangebote und der Vermeidung überlanger Schulwege betrachtet
3 werden.

4
5 Unsere Hochschulen belegen in bundesweiten Rankings gute Plätze. Die Standorte wur-
6 den in den letzten 15 Jahren kontinuierlich ausgebaut. Die Studienbedingungen sind oft
7 hervorragend, gute Ergebnisse in Lehre und Forschung die Folge. Seit 1990 hat sich die
8 Zahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt mehr als verdoppelt und liegt gegenwärtig deut-
9 lich über 50.000. Bis 2009/2010 ist eine weitere Steigerung absehbar. Zwischen den
10 Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und regionalen Wirtschafts-
11 unternehmen bestehen vielfältige Kooperationsbeziehungen. Damit sind die Hochschulen
12 wichtige Bestandteile der regionalen Strukturpolitik.

13
14 Diese erfreuliche Entwicklung wird jedoch durch den von der CDU/FDP-Landesregierung
15 eingeschlagenen Sparkurs stark gefährdet. Ab 2006 erhalten die Hochschulen zehn Pro-
16 zent weniger Landesmittel. Dies bedeutet, dass die Ausbauzielgrößen der Hochschulen
17 abgesenkt und Studienangebote abgebaut werden. Die Folge sind Personalabbau, ver-
18 minderte Investitionen und vermehrt hochschulinterne Zulassungsbeschränkungen. Die
19 bisherigen Standortvorteile unserer Hochschulen (gute personelle und sachliche Ausstat-
20 tung sowie Betreuungsrelation) werden gemindert. Angesichts der erwiesenen ökonomi-
21 schen Effekte von Hochschulausgaben schaden Kürzungen in diesem Bereich nicht nur
22 der wissenschaftlichen, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

23
24 Ab 2010 erreichen die geburtenschwachen Nachwendejahrgänge unsere Hochschulen. In
25 der Folge werden die Studienanfängerzahlen und damit auch die Zahl der Studierenden
26 aus Sachsen-Anhalt merklich sinken, wenn nicht gezielte Gegenmaßnahmen eingeleitet
27 werden.

30 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

32 *Optimale Bildung von Anfang an*

33
34 Der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertageseinrichtung von Geburt an ist
35 verbunden mit mehr Qualität der Förderung insbesondere unter dem Bildungsaspekt. Pa-
36 rallel zur Umsteuerung bei den finanziellen Leistungen für Familien auf Bundesebene hat
37 die Einführung der Gebührenfreiheit für Kindertageseinrichtungen begonnen.

39 *Eigenständige, leistungsfähige und modern ausgestattete Schulen*

40
41 Sachsen-Anhalt verfügt über ein stabiles Netz von Schulen in Stadt und Land. Die Schul-
42 gebäude sind umfassend saniert und modern ausgestattet. Alle Schülerinnen und Schüler
43 lernen bis Klasse acht gemeinsam an der Allgemein bildenden Oberschule (AOS) und
44 werden individuell gefördert. Im nationalen und internationalen Vergleich nehmen sie vor-
45 dere Plätze ein. Der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss
46 ist wesentlich gesunken. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit einer Hochschulzu-
47 gangsberechtigung ist hingegen deutlich gestiegen. Der Anteil der Ganztagschulen in
48 Sachsen-Anhalt hat sich wesentlich erhöht. Sachsen-Anhalts Schulen sind weitgehend
49 autonom, sie verfügen über flexible inhaltliche und organisatorische Gestaltungsmöglich-
50 keiten sowie über eine umfangreiche Personal- und Budgethoheit.

51

International konkurrenzfähige, autonome und modern ausgestattete Hochschulen

Sachsen-Anhalts Hochschulen behaupten sich erfolgreich im internationalen Wettbewerb und haben ihre guten Positionen in den Rankings gefestigt. Alle Hochschulstandorte sind ausgebaut und modern ausgestattet. Die Hochschulen verfügen über eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzausstattung und agieren weitgehend autonom. Die Studierendenzahlen haben sich auf einem hohen Niveau stabilisiert. Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen kooperieren intensiv und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung.

Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?

Frühkindliche Bildung

Unsere Kindertageseinrichtungen als Bildungsorte weiterentwickeln

- Einheitliche Qualitätsstandards anwenden
- Erweiterung des Anspruchs auf Bildung, Erziehung und Betreuung
- Mehr Bildungsangebote zur besseren sprachlichen, musischen, naturwissenschaftlichen und sozialen Entwicklung der Kinder
- Einrichtung eines Studiengangs „Frühkindliche Bildung und Erziehung“ mit Bachelor-Abschluss
- Regelmäßige Evaluation der Einrichtungen und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher

Schule

Innere Schulreform fortsetzen

- Eigenverantwortlichkeit der Schulen erweitern (u. a. flexiblere inhaltliche, personelle und organisatorische Gestaltungsmöglichkeiten)
- Qualitätsentwicklung des Unterrichts (Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Anwendung moderner didaktischer und methodischer Lehrkonzepte einschließlich neuer Medien)

Politisch unabhängigen Bildungskonvent einrichten

- Initiierung einer breiten gesellschaftlichen Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik, des Landesschüler- und Landeselternrates, der Gewerkschaften und Lehrerverbände, Kirchen sowie aus Wissenschaft und Wirtschaft zur Verbesserung unseres Schulsystems
- Zielstellung: Empfehlung für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes und leistungsfähiges Schulsystem
- Unser Vorschlag für die Diskussion im Bildungskonvent: Schaffung einer Allgemein bildenden Oberschule (AOS), in der die Schülerinnen und Schüler acht Jahre gemeinsam lernen
- Bei positivem Votum des Bildungskonvents gründliche gesetzliche sowie organisatorische Vorbereitung der Schulreform und schrittweise Einführung der AOS, somit keine übereilte Veränderung des Schulsystems

Wohnortnahe Schulangebote erhalten

- Verlässliche Klärung von Standortfragen für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren

- 1 ▪ Bestandssicherheit für alle in den gültigen Schulentwicklungsplänen als be-
- 2 stands­fähig ausgewiesenen Schulen an Einzelstandorten
- 3 ▪ Schaffung eines Netzwerkes kleiner Sekundarschulen auf dem Land, die die
- 4 vorgegebene Mindestschülerzahl und Mindestzügigkeit unterschreiten, um in
- 5 dünn besiedelten Regionen die Schulwege dennoch kurz zu halten
- 6 ▪ Vereinfachung der gesetzlichen Vorgaben zur Bildung von Gesamtschulen
- 7

8 ***Unterstützung freier Schulen fortsetzen***

- 9 ▪ Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft durch eine verlässliche Lan-
- 10 desfinanzierung
- 11 ▪ Absicherung der erforderlichen Rahmenbedingungen für Schulen in freier Trä-
- 12 gerschaft
- 13

14 ***Schulen sanieren und modern ausstatten***

- 15 ▪ Unterstützung der Schulträger durch die Auflage eines Programms zur Schul-
- 16 sanierung nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und un-
- 17 ter Beteiligung Privater (Public-Private-Partnership)
- 18

19 ***Zugangsbeschränkung zum Gymnasium abschaffen***

- 20 ▪ Aufhebung der Eignungstests bei fehlender Schullaufbahne­mpfehlung für das
- 21 Gymnasium
- 22 ▪ Pflichtberatung bei einem Widerspruch zwischen Schullaufbahne­mpfehlung und
- 23 dem Wunsch der Erziehungsberechtigten
- 24

25 ***Schulabbrecherquote senken***

- 26 ▪ Anspruch auf individuelle Förderung von mindestens einem Jahr bei Wechsel
- 27 der Schulform
- 28 ▪ Wiedereinführung eines Landesprogramms zur Schulsozialarbeit
- 29 ▪ Bildung von Reintegrationsklassen
- 30 ▪ Ausweitung der Angebote zum „produktiven Lernen“ (berufsorientierter Unter-
- 31 richt)
- 32 ▪ Konsequente Nutzung der Stundenreserven einer Schule für Förderangebote
- 33 ▪ Abbau der hohen Förderschulquote durch eine stärkere Integration unter Nut-
- 34 zung der Förderzentren
- 35

36 ***Hochbegabtenförderung verbessern***

- 37 ▪ Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf
- 38 das Erkennen einer Hochbegabung
- 39 ▪ Frühzeitige Aufklärung der Eltern über Fördermöglichkeiten und die Folgen feh-
- 40 lender Förderung
- 41 ▪ Weiterentwicklung von Kooperationsmodellen zwischen regionalen Fördergrup-
- 42 pen und Hochschulen
- 43

44 ***Ganztags­schulangebot ausbauen***

- 45 ▪ Umsetzung des Ganztags­schulprogramms des Bundes
- 46 ▪ Kontinuierlicher Ausbau des Ganztags­schulnetzes mit dem Ziel, für jede Schü-
- 47 lerin und jeden Schüler bei Bedarf ein wohnortna­hes Ganztags­schulangebot
- 48 zur Verfügung zu stellen
- 49

Vorbereitung auf Berufsausbildung und Studium verbessern

- Ergänzung der obligatorischen Betriebspraktika in der Sekundarstufe I durch regelmäßige Unterrichtstage in örtlichen und regionalen Unternehmen und Betrieben.
- Verbindliche Beratungen zur Berufs- und Studienorientierung spätestens ab Klassenstufe 9
- Intensivierung der Studienvorbereitung in der gymnasialen Oberstufe (u. a. durch Studienpraktika an den Hochschulen des Landes bzw. Studienorientierungs- und Vorbereitungsseminare)

Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus intensivieren

- Größere Mitbestimmungsrechte für Eltern- und Schülerschaft
- Verbindliche Einbindung der Eltern in die Schulprogrammarbeit und -evaluation
- Hilfestellung bei der Gründung von Schulfördervereinen

Unterrichtsversorgung verbessern

- Gewährleistung eines jährlichen Einstellungskorridors für junge Lehrerinnen und Lehrer
- Sicherung bedarfsgerechter Ausbildungskapazitäten sowohl an den Universitäten als auch in den Lehrerausbildungsseminaren des Landes
- Reform der Lehrerbildung: stärkere Praxisorientierung und Einführung einer flexibleren schulformübergreifenden Lehrerbildung

Hochschule

Studierendenzahl erhöhen

- Erhöhung der Studierendenzahl in Sachsen-Anhalt durch zusätzliche Möglichkeiten zur Erlangung einer Hochschulzugangsberechtigung (u. a. universitäre Vorkurse zur Erlangung der Hochschulreife für bestimmte Studiengänge, Berufsausbildung mit Abitur)
- Erhöhung der Zahl von Studierenden aus anderen Bundesländern und dem Ausland durch verstärkte Werbung
- Ausweitung der Angebote zur Studienorientierung an den Schulen

Hochschulautonomie erweitern

- Verzicht auf Genehmigungsvorbehalte und bürokratische Kontrollen
- Hochschulen verfügen in vollem Umfang über selbst erwirtschaftete Mittel, die mit der staatlichen Grundfinanzierung nicht verrechnet werden
- Entwicklung von Profilen in Lehre, Forschung und Weiterbildung
- Geltungsdauer von Zielvereinbarungen fünf Jahre
- Veränderung und Einrichtung von Studiengängen im Rahmen von Zielvereinbarungen ist Angelegenheit der Hochschulen
- Hochschulen besitzen Bauherren- und Dienstherrnenfunktion, schrittweise wird ihnen die Berufungsverantwortung übertragen

Internationalisierungsprozesse fördern

- Einführung und inhaltliche Neukonzipierung international gebräuchlicher Studiengangstrukturen und kompatibler Studienabschlüsse (Bachelor/Master)
- Ermöglichung eines nahtlosen Studienwechsels zwischen Hochschulen im Ausland und in Sachsen-Anhalt
- Förderung von international ausgerichteten Projekten

- 1 ▪ Intensive Kooperation mit ausländischen Hochschulen und Unternehmen
2

3 **Lehre und Forschung weiter entwickeln**

- 4 ▪ Unterstützung unserer Universitäten bei ihren Bemühungen, an den Elitepro-
5 grammen des Bundes zu partizipieren
6 ▪ Evaluierung der Hochschulstrukturplanung der CDU/FDP-Landesregierung
7 nach transparenten Kriterien
8 ▪ Externe Akkreditierung und Evaluation von bestehenden und neuen Angeboten
9 der Hochschule
10 ▪ Verbesserung von Betreuungsangeboten für Studierende
11

12 **Sonderprogramm „Doppelter Abiturientenjahrgang 2007“ auflegen**

- 13 ▪ Laufzeit: mindestens zwei Jahre; finanzielle Absicherung der Anmietung von
14 Räumlichkeiten bzw. der Einstellung von befristetem Lehrpersonal
15

16 **Wissenschaftliche Infrastruktur ausbauen**

- 17 ▪ Ausbau aller Hochschulstandorte, einschließlich der medizinischen Fakultäten
18 in Halle und Magdeburg, entsprechend ihrer strukturellen Ausrichtung
19 ▪ Der Hochschulbau muss auch weiterhin eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund
20 und Ländern bleiben
21

22 **Finanzielle Rahmenbedingungen für Hochschulen verbessern**

- 23 ▪ Ausrichtung der Budgets an der strukturellen Entwicklung der jeweili-
24 gen Hochschule
25 ▪ Schaffung besserer Rahmenbedingungen zur Erwirtschaftung eigener Einnah-
26 men (u. a. Drittmittel, Verwertung von Forschungsergebnissen, wissenschaftli-
27 che Weiterbildung, besondere Angebote für ausländische Studierende)
28 ▪ Erweiterte Möglichkeiten zur Erschließung zusätzlicher finanzieller oder mate-
29 rieller Ressourcen (Umwandlung in Stiftungshochschulen, Sponsoring,
30 Fundraising)
31 ▪ Ablehnung von allgemeinen Studiengebühren in Sachsen-Anhalt, bis tragfähige
32 Modelle vorliegen, die absichern, dass Studierwillige aus sozial schwachen
33 Familien nicht vom Studium abgehalten werden und dass die Gebühren bei den
34 Hochschulen verbleiben
35

36 **Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft verbessern**

- 37 ▪ Bündelung von Forschungsaktivitäten durch die Bildung kooperativer For-
38 schungsverbünde und hochschulübergreifender Forschungs- und
39 Technologiecluster
40 ▪ Abstimmung der Berufungspolitik zwischen Hochschulen und Forschungsinsti-
41 tuten, Entwicklung gemeinsamer Graduiertenkollegs, Beteiligung an Profilstu-
42 diengängen
43 ▪ Stärkere Förderung der anwendungsbezogenen Forschung (Ausrichtung auf
44 marktfähige Produkte) und der wirtschaftlichen Umsetzung von Forschungser-
45 gebnissen
46 ▪ Unterstützung länderübergreifender Forschungs Kooperationen
47
48
49
50

1 ▶ LEITBILD 3

2 SACHSEN-ANHALT – EINE KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHE 3 GESELLSCHAFT

6 **Wo stehen wir?**

8 In Sachsen-Anhalt werden zu wenige Kinder geboren. Seit Beginn der 90er Jahre, seit
9 dem wendebedingten, historisch beispiellosen Geburtenknick, verharrt die Geburtenrate
10 auf niedrigem Niveau. Neben der Abwanderung sind die fehlenden Geburten – der Ver-
11 gangenheit wie der Gegenwart – der Hauptgrund für die zurückgehende Bevölkerungs-
12 zahl.

14 Dabei gehören Familie und Kinder zu den zentralen Lebenszielen junger Menschen. Ne-
15 ben einer interessanten Arbeit, die ausfüllt und finanzielle Unabhängigkeit garantiert,
16 wünschen sich fast alle ein Leben mit Partnerin oder Partner und ein oder mehrere Kin-
17 der. Junge Frauen und Männer unterscheiden sich darin kaum.

19 Viele Eltern stellen sich aber die Frage: Welche Zukunftsaussichten wird unser Kind ha-
20 ben? Und sie können diese Frage nicht uneingeschränkt positiv beantworten. Ihnen fehlt
21 ein Stück Vertrauen in die Zukunft. Der Staat und die Gesellschaft können potentiellen
22 Eltern die Entscheidung für ein Kind nicht abnehmen, aber sie stehen in der Pflicht, Kin-
23 dern und Familien bestmögliche Entwicklungschancen zu bieten.

25 Auch wenn wir bei der Kinderbetreuung im Bundesvergleich gut dastehen, muss eine
26 wirklich kinder-, jugend- und familienfreundliche Politik viel breiter ansetzen: in den Unter-
27 nehmen, den Kommunen, bei der finanziellen Ausstattung und der infrastrukturellen Ver-
28 sorgung von Familien. Wenn Familienpolitik in der Breite der Gesellschaft verankert wird,
29 kann das auch ein wirkungsvoller Beitrag gegen die Abwanderung gerade junger und leis-
30 tungsfähiger Menschen sein.

32 Kinderbetreuung und Kinderförderung auf hohem Niveau sind notwendige Bestandteile
33 einer kinderfreundlichen Politik. Dazu zählen frühe Förderung und Bildung schon in den
34 Kindertagesstätten, aber auch Initiativen zur Gesundheitsförderung oder für ein gewalt-
35 freies Aufwachsen. Daneben wünschen Kinder und Eltern Angebote zur Partizipation. Sie
36 wollen mitgestalten und müssen die Möglichkeit dazu erhalten.

38 Seit einigen Jahren beobachten wir einen Ausstieg des Landes und der Kommunen aus
39 der Jugendarbeit, was sich in mehrfacher Hinsicht negativ auswirkt. Hier muss mit ehren-
40 amtlichem Engagement, aber auch mit der Aufrechterhaltung professioneller Angebote
41 gegengesteuert werden.

43 Die demografische Entwicklung bedroht vor allem die Finanzierung unserer sozialen Si-
44 cherungssysteme. Künftig müssen deutlich weniger arbeitende Menschen für immer mehr
45 Rentnerinnen und Rentner aufkommen. Die Alterung der Gesellschaft stellt zudem zu-
46 sätzliche Ansprüche an das Gesundheitswesen. Außerdem sehen wir – wenn nicht ge-
47 zielt gegengesteuert wird – einem Fachkräftemangel entgegen, der unsere wirtschaftliche
48 Leistungsfähigkeit bedroht.

1 Eine Trendwende ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Wir brauchen langfristig
2 wirksame Politikansätze, die junge Menschen ermutigen, sich für Kinder zu entscheiden.
3 Politik in Sachsen-Anhalt muss kinder- und familienfreundlicher werden.
4
5

6 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

7

8 *Kinder sind willkommen und werden bestmöglich gefördert*
9

10 Mehr junge Menschen als heute erfüllen sich ihren Kinderwunsch. Familien genießen ein
11 hohes gesellschaftliches Ansehen. Familie und Beruf lassen sich in Sachsen-Anhalt ohne
12 Probleme vereinbaren. Die Unternehmen fördern den Kinderwunsch ihrer Mitarbeiterin-
13 nen und Mitarbeiter durch flexible Arbeitszeitmodelle, Betriebskindergärten etc. Kinder-
14 betreuung und –förderung haben quantitativ ihr hohes Niveau gehalten.
15

16 *Bessere finanzielle Förderung für Familien*
17

18 In Sachsen-Anhalt wie in Deutschland werden Familien mit Kindern finanziell besser ge-
19 fördert als bisher. Nicht mehr die Ehe wird steuerlich bevorzugt, sondern die Erziehung
20 von Kindern. Ein einkommensabhängiges Elterngeld erhöht den Anreiz auch für Men-
21 schen mit mittlerem und höherem Einkommen, sich für Kinder zu entscheiden.
22

23 *Gute Politik für alle Generationen*
24

25 Kinder, Eltern und Großeltern in Sachsen-Anhalt wirken mit an der Gestaltung ihres Le-
26 bensumfeldes. Sie sind einbezogen in politische Entscheidungen, die sie selbst betreffen.
27 In Sachsen-Anhalt existieren professionelle Strukturen der Jugendarbeit, die finanziell
28 abgesichert sind. Sachsen-Anhalt bewältigt den demografischen Wandel. Die verschie-
29 denen Generationen leben gut zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Sachsen-
30 Anhalt reagiert angemessen auf die Alterung der Gesellschaft. Die Potentiale der älteren
31 Generation sind erkannt und werden genutzt. Gute Pflege- und Betreuungsstrukturen sind
32 etabliert, es gibt ausreichend altersgerechten Wohnraum.
33
34

35 **Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?**

36

37 ***Familienpolitik***

38

39 ***Recht auf Bildung und Integration in die Gemeinschaft***

- 40 ■ Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte im Bündnis für Familie auf Landes-
41 ebene und in lokalen Bündnissen für Familie
- 42 ■ Verständigung auf verbindliche Ziele der Kinder- und Familienförderung und auf
43 abrechenbare Umsetzungsschritte, etwa zur Gesundheits- und Gewaltpräventi-
44 on, zur Verbesserung der Betreuungsbedingungen (flexiblere Betreuungszei-
45 ten), zur Familienberatung oder zur Nutzung von nicht mehr benötigten Schul-
46 gebäuden und Sporteinrichtungen als Freizeitstätten
- 47 ■ Erweiterung der Landesverfassung in Artikel 11 (Eltern und Kinder) um die
48 Rechte der Kinder auf Bildung und Integration
49
50
51

Familienfreundliche Unternehmen

- Fortführung erster Ansätze wie der „Allianz für die Familie“ der Bundesregierung, der Vergabe des Zertifikates „Audit Beruf und Familie“ und des Unternehmenswettbewerbes „Erfolgsfaktor Familie 2005“
- Allianz von Arbeitgebern und Gewerkschaften für familienfreundliche Unternehmenskultur, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem jeweiligen Familienbezug respektiert werden
- Förderung von Müttern und Vätern in ihrer beruflichen Entwicklung
- Unterstützung von Auszubildenden mit Elternverantwortung

Starker Sozialstaat

- Bereitstellung sozialer Dienstleistungen aus einer Hand durch die Kommunen
- Zusammenführung von Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm und Landesfamilienförderung zu einer zweckgebundenen Jugend- und Familienpauschale, die von den Kommunen kofinanziert und eigenständig vergeben wird
- Unterstützung der Familienerziehung durch gezielte staatliche Aktivitäten wie die Netzwerke „Gesunde Kita“ und „Gesunde Schule“ sowie die Umsetzung der Gesundheitsziele mit den Schwerpunkten Bewegung, sportliche Betätigung, gesunde Ernährung, drogenfreies Leben und verantwortungsvoller Umgang mit Medien
- Ausbau der integrativen Angebote für behinderte und nicht behinderte Kinder und Jugendliche
- Schutz von Kindern vor Umweltgefährdungen, Minimierung der Risiken für Kinder etwa durch Ausweisung verkehrsberuhigter Zonen, sichere Geh- und Schulwege oder die Einführung von Rufbussen im ländlichen Raum

Gleichberechtigung in der Partnerschaft und mehr Chancen für Frauen im Beruf

- Stärkung der Verantwortung von Vätern in der Familie
- Verbesserung von Arbeitsmarktförderprogrammen, um die Beschäftigungschancen von Frauen zu steigern
- Entwicklung von Konzepten für familienfreundliche Hochschulen
- Unterstützung von Studentinnen in Form von Betriebspraktika, Mentoringprojekten u.a., um den Übergang hochqualifizierter Frauen in die berufliche Praxis zu optimieren

Neue finanzielle Ansatzpunkte für die Familienförderung (auf Bundesebene unter Beteiligung des Landes zu realisieren)

- Umwandlung des Ehegattensplittings in ein „Familiensplitting“, damit Familien mit Kindern entlastet werden
- Umwandlung eines Teils der finanziellen Leistungen für Familien in eine Finanzierung von familienbezogenen Dienstleistungen
- Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes (ca. 65 Prozent des Nettoverdienstes)

In die Förderung von Kindern und Eltern investieren

- Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren als Treffpunkt, Lern- und Gestaltungsort für Eltern und Teil des sozialen Lebens vor Ort
- Ausweitung von Betriebskindergärten und Einsatz von qualifizierten Tagesmüttern vor allem in dünn besiedelten Regionen

Jugendarbeit

Sichere Strukturen und Perspektiven für die Jugendarbeit

- Bedarfsgerechte Angebote der Jugendarbeit erhalten und entwickeln
- Enge Kooperation von Jugendarbeit und Schule
- Förderung des ehrenamtlichen Engagements Jugendlicher in Sportvereinen, Verbänden, der Feuerwehr etc.
- Unentgeltliche Bereitstellung von Räumlichkeiten in Schulen und Horten sowie Sportstätten für Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Angebote zur Förderung von Toleranz und Weltoffenheit

Demografischer Wandel

Den demografischen Wandel bewältigen

- Angebote für sinnvolle Beschäftigung nach dem Arbeitsleben, etwa durch Generationen übergreifende Initiativen, in denen sich alt und jung gegenseitig unterstützen
- Gegenseitige Hilfe der Generationen, um Familien zu stabilisieren und jungen Menschen die Entscheidung für das Hierbleiben zu erleichtern
- Unterstützung junger Familien durch Ältere, etwa durch praktische Hilfen (Großelterndienste, Urlaubsservice etc.)
- Unterstützung älterer Menschen für eine selbständige Lebensführung, möglichst in der vertrauten Umgebung.
- Unterstützende Sozial- und Wohnungsbaupolitik, um altersgerechtes Wohnen zu ermöglichen und Unterstützungsnetzwerke zu fördern
- Neuausrichtung von Wohnungsbauförderprogramme, damit sie neben der Unterstützung junger Familien vor allem die Wohnsituation im Alter verbessern helfen
- Weiterentwicklung professioneller Dienstleistungen, die das Wohnen in den eigenen vier Wänden unterstützen

1 ▶ LEITBILD 4

2 SACHSEN-ANHALT – EIN SOZIALES UND SICHERES LAND

4 **Wo stehen wir?**

6 Umfragen zeigen, dass viele Menschen derzeit nicht sehr zuversichtlich in die Zukunft
7 blicken. Dominierend sind die Sorgen um den Arbeitsplatz, um die künftige Höhe der
8 Renten und die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Das alles gilt in besonderem Maße
9 für die östlichen Bundesländer und damit auch für Sachsen-Anhalt.

11 Die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert sich zusehends. Der Grundsatz einer
12 sozialen und solidarischen Gesellschaft, wonach starke Schultern mehr tragen sollen als
13 schwache, ist gefährdet. Unverschuldete Armut nimmt zu, die Zahl derjenigen steigt, die
14 ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten können und somit auf staat-
15 liche Unterstützung angewiesen sind. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus den de-
16 mografischen Veränderungen.

18 Diese Entwicklungen fordern sozialdemokratische Politik heraus, die für Gerechtigkeit und
19 Solidarität steht. Neben wirtschaftlichem Wachstum brauchen wir intelligente Lösungen
20 zur Sicherung der Sozialsysteme. Die Vorschläge zur Bürgerversicherung und damit zur
21 Einbeziehung aller Einkommen in die Finanzierung von Gesundheitsversorgung und Pfl-
22 ge sind Schritte in die richtige Richtung und werden von uns unterstützt.

24 Damit treffen wir auch Vorsorge für die künftigen Herausforderungen, die aus der Alte-
25 rung der Gesellschaft entstehen. Noch hat Sachsen-Anhalt Zeit, sich auf eine wachsende
26 Anzahl hochbetagter und kranker bzw. pflegebedürftiger Menschen einzustellen.

28 Insgesamt wachsen die Anforderungen an eine Politik, die die sozialen Fundamente un-
29 serer Gesellschaft erhält und ausbaut. Unser sozialdemokratisches Gesellschaftsbild ist
30 auf Solidarität und Zusammenhalt gerichtet. Neoliberalen Bestrebungen, die den Sozial-
31 staat aushöhlen wollen, erteilen wir eine klare Absage.

33 Zu einem sozialen und sicheren Sachsen-Anhalt gehören selbstverständlich der Schutz
34 vor Kriminalität und Gewalt und ein funktionierender Rechtsstaat. Dabei können wir einer-
35 seits auf positive Entwicklungen verweisen: Die Zahl der Straftaten geht zurück, wenn
36 auch zuletzt nicht mehr so stark wie zu Zeiten SPD-geführter Landesregierungen. Aber
37 bestimmte Kriminalitätsformen (u.a. Wirtschafts- und Drogendelikte) nehmen zu. Darauf
38 muss die Polizei noch besser eingestellt werden.

41 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

43 *Soziale Sicherheit durch verbrieft Mindeststandards*

45 In Sachsen-Anhalt sind Mindeststandards in allen Bereichen sozialer Dienstleistungen
46 definiert und verbindlich garantiert (für die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung, Versor-
47 gung von Pflegebedürftigen, Versorgung mit öffentlichen Gütern und medizinischen Leis-
48 tungen). Sachsen-Anhalt ist bundesweit Vorreiter bei der Neudefinition des Sozialstaates
49 – nicht als allumfassendes Sicherungssystem, aber als Gewährleistung grundlegender
50 Bedingungen für ein menschenwürdiges, erfülltes Leben.

1 *Ausreichende Gesundheitsversorgung, funktionierende Pflege*

2
3 Sachsen-Anhalt hat sich mit seinem Gesundheitssystem und seinem Pflegesystem erfolgreich auf die demografische Entwicklung eingestellt. Zur Finanzierung leisten im Rahmen der Bürgerversicherung alle ihren Beitrag. Im ländlichen Bereich Sachsen-Anhalts sichern Versorgungszentren, wo mehrere Ärzte zusammenarbeiten, die medizinische Grundversorgung. Im Pflegebereich gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“.

8
9 *Gegen Diskriminierung, für Chancengleichheit*

10
11 Die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Gesellschaft, im Erwerbsleben
12 und der Familie ist weitgehend erreicht. Der Frauenanteil in Führungspositionen ist deutlich
13 gestiegen. Frauen sind gemäß ihrem Bevölkerungsanteil in öffentlichen Gremien –
14 einschließlich der Landesregierung und dem Landtag – vertreten. Das Behindertengleich-
15 stellungsgesetz wird konsequent angewendet. Die Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten
16 für Menschen mit Behinderungen sind gegenüber heute deutlich verbessert. Lesben und
17 Schwule werden in der Gesellschaft nicht mehr diskriminiert. Gleichgeschlechtliche Ehen
18 sind mit gleichen Rechten wie Ehen zwischen Frau und Mann ausgestattet.

19
20 *Konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen*

21
22 Unser Gemeinwesen findet sich mit Kriminalität nicht ab. Weil jede Straftat eine zuviel ist,
23 wird mit aller Härte gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgegangen. Die Bürgerinnen
24 und Bürger werden mit ihren Sorgen ernstgenommen. Viele Menschen zeigen Zivilcourage
25 und helfen so mit, Straftaten zu verhindern. Dank der Mithilfe der Bürgerinnen und
26 Bürger und der guten Arbeit von Polizei und Justiz ist die Zahl der Straftaten gegenüber
27 heute deutlich gesunken.

28 Sachsen-Anhalts Polizei, Justiz und Feuerwehren sind personell und mit Sachmitteln an-
29 gemessen ausgestattet. Im europäischen Kontext ist eine zeitgemäße Sicherheitsarchi-
30 tektur entstanden. Nach Maßgabe des Subsidiaritätsprinzips nehmen Land, Bund und
31 Europäische Union jeweils die Aufgaben wahr, die sie am besten erfüllen können.

32
33 *Funktionierender Rechtsstaat*

34
35 Sachsen-Anhalt hat eine moderne Justiz, die aus nur zwei Gerichtsbarkeiten besteht, ü-
36 ber einen klaren dreistufigen Gerichtsaufbau verfügt und mit einheitlicher Gerichtsverfas-
37 sungs- und weitgehend vereinheitlichten Verfahrensordnungen für Transparenz sorgt. Ver-
38 fahren und Fälle werden zügig abgearbeitet.

39
40 *Effektiver Katastrophenschutz*

41
42 Sachsen-Anhalt hat aus den Erfahrungen u.a. des Jahrhunderthochwassers 2002 die
43 richtigen Konsequenzen gezogen. Der Hochwasserschutz ist deutlich verbessert, die
44 Einsatzkräfte sind gut ausgebildet und ausreichend ausgestattet. Die zuständigen Verwal-
45 tungen kooperieren vorbildlich.

1 **Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?**

2
3 ***Gesundheit***

4
5 ***Gesundheitssystem an veränderte Bedingungen anpassen***

- 6 ▪ Schaffung von medizinischen Versorgungszentren in Form von
7 fachbereichsübergreifenden Arztverbänden, Öffnung von Krankenhäusern für
8 die ambulante Versorgung, Integration von sozialen Diensten auch im Bereich
9 der Pflege, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten sowie der
10 Pflegebedürftigen auch in ländlichen Regionen dauerhaft zu gewährleisten
11 ▪ Gestaltung der Krankenhauslandschaft unter Qualitäts- und
12 Integrationsgesichtspunkten
13 ▪ Weiterentwicklung der Gesundheitsziele

14
15 ***Gesundheitsprävention bei Kindern und Jugendlichen verbessern***

- 16 ▪ Gesundheitsaufklärung in Kindertageseinrichtungen, in der Schule und in der
17 Jugendarbeit, Steigerung der Unterrichtsstunden im Fach Sport, Durchführung
18 bzw. Förderung spezieller Präventionsangebote im Bereich der Ernährung, der
19 Bewegung, der Konfliktbewältigung und des Umgangs mit Medien
20 ▪ Verbesserung des psychosozialen Betreuungsangebotes für Kinder und Ju-
21 gendliche

22
23 ***Bürgerversicherung auf Bundesebene einführen***

- 24 ▪ Unterstützung der Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung zu
25 einer solidarischen Bürgerversicherung, in der alle Bürgerinnen und Bürger ent-
26 sprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit ihren Beitrag leisten, alle Ein-
27 kommensarten einbezogen werden und alle Versicherten den gleichen An-
28 spruch auf die notwendigen medizinischen Leistungen haben

29
30 ***Pflege sichern***

- 31 ▪ Reform der Pflegeversicherung als Bürgerversicherung analog zur gesetzlichen
32 Krankenversicherung
33 ▪ Stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse dementer Pflegebedürftiger
34 ▪ Orientierung der Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen am tatsächlichen
35 Pflegebedarf
36 ▪ Ergänzung der externen Qualitätssicherung durch internes Qualitätsmanage-
37 ment
38 ▪ Konsequente Umsetzung des Vorrangs von Prävention, medizinischer Rehabili-
39 tation und ambulanter Pflege vor stationärer Betreuung, um so lange wie mög-
40 lich ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen

41
42 ***Chancengleichheit***

43
44 ***Chancengleichheit von Frauen und Männern verbessern***

- 45 ▪ Ausrichtung der Strukturfonds für die neue EU-Förderperiode ab 2007 konse-
46 quent unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit
47 ▪ Berücksichtigung der Frauenförderung bei wirtschafts- und ar-
48 beitsmarktpolitischen Programmen des Landes
49 ▪ Förderung der Chancengleichheit in Schule, Ausbildung, Berufseinstieg und
50 beruflicher Karriere

1 ▪ Initiierung einer breiten öffentlichen Debatte zur aktiven, gestaltenden Rolle von
2 Männern im Zusammenleben der Generationen (Verantwortung gegenüber Kin-
3 dern, in der Partnerschaft und gegenüber der Eltern-/Großelterngeneration) und
4 zum Anspruch von Frauen auf ihren gleichberechtigten Platz in der Arbeitswelt

6 ▪ geschlechtsspezifische Auswertung der Gesundheitsziele in Sachsen-Anhalt
7 ▪ Weiterentwicklung der Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

8
9 **Behindertengleichstellung verbessern, Diskriminierung verhindern**
10 ▪ Umsetzung des Landesgesetzes zur Behindertengleichstellung im Alltags-
11 handeln
12 ▪ Stärkung der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten behinderter Menschen

Innere Sicherheit

15
16 **Bestehende Gesetze im Sicherheitsbereich überprüfen**
17 ▪ Evaluierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG) und der Strafpro-
18 zessordnung (StPO) mit dem Ziel, den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehör-
19 den ein zeitgemäßes Instrumentarium zur Straftatenverhütung und -verfolgung
20 an die Hand zu geben

21
22 **Zukunftssichere Strukturen für eine gute Polizeiarbeit**
23 ▪ Ausstattung mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln
24 ▪ Verringerung der Zahl der Polizeibehörden und – einrichtungen, um nachhaltige
25 Synergie- und Einspargewinne zu erzielen
26 ▪ Reduzierung der Anzahl der regionalen Polizeidirektionen bei gleichzeitiger
27 Stärkung der Reviere vor Ort, Erhalt des Netzes der Polizeistationen, um
28 Bürgernähe und Kenntnis der örtlichen Strukturen zu gewährleisten
29 ▪ Überprüfung von Organisationsrahmen und Aufgabenumfang des Technischen
30 Polizeiamtes, des Landeskriminalamtes und der Fachhochschule der Polizei,
31 dabei ist die länderübergreifende Kooperation anzustreben
32 ▪ Bedarfsgerechte Ausbildung und Einstellung junger Polizeibeamtinnen und
33 Polizeibeamter
34 ▪ Schaffung einer neuen Organisation und neuer Aufgaben für Kräfte der
35 Landesbereitschaftspolizei

36
37 **Verkehrssicherheitsberatung verbessern**
38 ▪ Verstärkung der Verkehrsüberwachung
39 ▪ Mehr Aufmerksamkeit für die Risikogruppe jugendlicher Verkehrsteilnehmer
40 zwischen 18 und 25 Jahren
41 ▪ Stärkere Unterstützung der Verkehrssicherheitsberatung von Polizei und Ver-
42 kehrswacht durch Umschichtungen im Haushalt der Landespolizei

43
44 **Kriminalitätsbekämpfung durch Prävention und Repression**
45 ▪ Ansetzen an den Ursachen von Kriminalität
46 ▪ Augenmerk auf junge Menschen richten und ihnen deutlich machen, dass
47 kriminelles Verhalten in unserer Gesellschaft nicht geduldet werden kann
48 ▪ Bessere Integration jugendlicher Straftäter in unsere Gesellschaft
49 ▪ Weitere Förderung der Arbeit des Landespräventionsrates und Einrichtung
50 weiterer Präventionsräte auf kommunaler Ebene
51 ▪ Fortsetzung der wegweisenden Arbeit der Jugendberatung bei der Polizei

- 1 ▪ Fortführung des Konzeptes der „aufsuchenden Polizeiarbeit“ bei Hooligans und
2 gewaltbereiten Rechtsextremisten
3

4 **Feuerwehren aktiv unterstützen**

- 5 ▪ Gewährleistung der personellen Einsatzfähigkeit
6 ▪ Unterstützung der Jugendarbeit der Freiwilligen Feuerwehren
7 ▪ Sicherung der personellen Ausstattung der Brand- und Katastrophenschutz-
8 schule in Heyrothsberge, um die notwendige Aus- und Fortbildung zu ermögli-
9 chen
10 ▪ Zügige Zusammenlegung der Feuerwehrunfallkasse Sachsen-Anhalts mit der
11 Thüringens
12

13 **Justiz**

14 **Binnenstrukturen der Justiz modernisieren**

- 15 ▪ Stärkung der Selbstverwaltung der Gerichte
16 ▪ Auswahl und Beförderung der Richter durch Richterwahlausschuss
17
18

19 **Justizstrukturen an die finanzielle Entwicklung anpassen**

- 20 ▪ Anpassung der Gerichtsstrukturen an die Veränderungen durch den neuen
21 Zuschnitt der Landkreise
22 ▪ Ausbau weiterer Justizzentren (Fertigstellung des Justizzentrums Stendal und
23 Errichtung eines Justizzentrums Magdeburg), um durch eine gemeinsame
24 Unterbringung von Gerichten die Dienstleistungen der Justiz „aus einer Hand“
25 anbieten zu können und Synergien zu nutzen
26 ▪ Bildung gemeinsamer Obergerichte mit anderen Bundesländern
27

28 **Rechtsschutz sichern**

- 29 ▪ Verbesserung der Möglichkeiten vor- und außergerichtlicher Streitschlichtung.
30 ▪ Wiedereinführung des durch das Zweite Investitionserleichterungsgesetz abge-
31 schafften Widerspruchsverfahrens, um den Rechtsschutz für die Bürgerinnen
32 und Bürger zu sichern
33

34 **Angespannte Situation im Strafvollzug verbessern**

- 35 ▪ Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Justizvollzug Tätigen durch ver-
36 stärkte Qualifikation des Personals und verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten
37 ▪ Verbesserung der Resozialisierung im Vollzug
38

39 **Soziale Funktion der Justiz stärken**

- 40 ▪ Stärkung der sozialen Dienste der Justiz und der freien Straffälligen- und
41 Bewährungshilfe durch die Aufrechterhaltung der finanziellen Ausstattung und
42 eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
43 ▪ Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs
44 ▪ Verbesserung der Opferbetreuung
45 ▪ Mehr gemeinnützige Arbeit statt Haft („Schwitzen statt sitzen“)
46 ▪ Verstärkung der Bemühungen zur Wiedereingliederung von Straftlassenen
47 durch Nachsorgekonzepte nach Haftverbüßung
48
49
50
51

Katastrophenschutz

Effektiven Katastrophenschutz sichern

- Bereitstellung gut ausgebildeter Einsatzkräfte, die in allen Notlagen an allen Orten des Landesgebiets und bei Bedarf auch in benachbarten Regionen in kürzester Zeit einsetzbar sind.
- Gewährleistung eines effektiven Hochwasserschutzes u.a. durch zügige Fertigstellung aller geplanten Deichbauarbeiten
- Effektive zweistufige Katastrophenschutzverwaltung
- Verbesserung der Abstimmung mit Nachbarländern
- Sachsen-Anhalt kann eine zentrale Rolle als Vorreiter zu Gunsten einer europäischen Beobachtungs- und Analysestelle für Katastrophenfälle, insbesondere im Bereich des Hochwasserschutzes, einnehmen

1 ▶ LEITBILD 5

2 SACHSEN-ANHALT – EIN LEBENSWERTES UND WELTOFFENES 3 GEMEINWESEN

6 **Wo stehen wir?**

8 Sachsen-Anhalt ist schon heute ein lebenswertes Land. Jede Region hat ihre eigenen
9 Vorzüge, wir verfügen über eine bemerkenswerte Geschichte und kulturelle Tradition. Die
10 Umweltbedingungen haben sich seit der Wende deutlich verbessert, Luft- und Wasser-
11 qualität sind deutlich gestiegen, viele Naturschönheiten und Tourismusziele locken Besu-
12 cherinnen und Besucher von nah und fern. Städte und Dörfer haben sich auf beeindruc-
13 ckende Weise verändert. Viel Geld ist in die Verbesserung der Vor-Ort-Infrastruktur und
14 des Wohnumfeldes, in Dorferneuerung und Stadtumbau geflossen.

16 Sachsen-Anhalt wird vor allem durch seine Großstädte, aber auch durch eine Vielzahl
17 von kleineren und mittleren, oft kulturhistorisch wertvollen Städten geprägt. Sie erfüllen
18 eine wichtige ökonomische und infrastrukturelle Funktion für den ländlichen Raum. Die
19 Städte müssen gestärkt werden, damit sie als Motor für die Region wirken können.

21 Viele Städte machen heute einen Prozess der Schrumpfung durch und reagieren darauf
22 mit einem umfassenden Stadtumbau. Wohnungen werden in großer Zahl nicht mehr be-
23 nötigt, die infrastrukturelle Ausstattung der Städte ist überdimensioniert. Auch wenn der
24 Einwohnerrückgang regional unterschiedlich stark ist, werden alle Städte auf mittlere
25 Sicht mit gesunkenen Einwohnerzahlen leben müssen und deshalb auch weiter an Fi-
26 nanzkraft verlieren. Somit müssen sie neue Formen der Arbeitsteilung und Vernetzung
27 entwickeln und nutzen, um eine ausreichende Infrastruktur weiter vorhalten zu können
28 und urbane Lebensqualität zu bieten.

30 Aufgrund der demografischen Entwicklung muss sich die Politik in den kommenden Jah-
31 ren auch weiterhin dem ländlichen Raum zuwenden. Die Menschen auf dem Land haben
32 einen Anspruch auf eine angemessene Grundversorgung mit öffentlichen Gütern zu be-
33 zahlbaren Preisen. Dazu zählen Energie- und Wasserversorgung, Abwasserentsorgung,
34 Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheitsversorgung und vieles mehr. Um diesen An-
35 spruch zu sichern, bedarf es kreativer Lösungen.

37 Der ländliche Raum kann die Zentren nicht kopieren. Aber das ist auch nicht nötig. Denn
38 auf dem Land lassen sich andere Ansprüche an Lebensqualität realisieren: Ruhe, Leben
39 mit der Natur, bessere Umweltqualität. Es kommt darauf an, diese besonderen Stärken
40 des ländlichen Raums zu erhalten und zu stärken. Die moderne Landwirtschaft kommt mit
41 immer weniger Arbeitskräften aus. Deshalb müssen neue Arbeitsplätze in Handwerk und
42 Gewerbe sowie bei modernen Dienstleistungen die wirtschaftliche Basis für die ländlichen
43 Räume verbreitern. Entscheidend für eine zukunftsfähige Entwicklung wird sein, die ver-
44 schiedenen Funktionen des ländlichen Raumes (Lebens-, Wirtschafts-, Natur- und Erho-
45 lungsfunktion) in Einklang zu bringen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln.

47 Sachsen-Anhalt verfügt über ein großes kulturelles Erbe aus verschiedenen Epochen mit-
48 teleuropäischer Kulturgeschichte. Der Reichtum und die Vielfalt unserer Kulturlandschaft
49 sind Verpflichtung und Chance zugleich. Trotz leerer Kassen und auch angesichts einer
50 abnehmenden Bevölkerung muss dieses facettenreiche Potential auch weiterhin mit öf-

1 fentlichen Mitteln gefördert werden. Gleichzeitig werden wir dafür werben, dass die öffent-
2 liche Förderung von Kunst und Kultur ergänzt wird durch private Initiativen und bürgerli-
3 ches Engagement.

4
5 Der Sport in Sachsen-Anhalt steht für Spitzenleistungen und eine breite Basis vor Ort.
6 Gemessen an der Bevölkerung des Landes erringen die Sportlerinnen und Sportler aus
7 Sachsen-Anhalt überproportional viele Medaillen bei internationalen Wettkämpfen. Die
8 Mitgliederzahl in den Vereinen hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Sport und Politik
9 haben seit der Wende ein stabiles Bündnis geschaffen, das es zu erhalten gilt.

10
11 Zum lebenswerten Sachsen-Anhalt gehören Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit. Sach-
12 sen-Anhalt ist – trotz eines nach wie vor vergleichsweise geringen Ausländeranteils –
13 längst mitten im Prozess der Globalisierung. Viele ausländische Unternehmen haben sich
14 bei uns angesiedelt, an unseren Hochschulen studieren junge Menschen aus allen Konti-
15 nenten.

16
17 Eine Minderheit hält dies nicht für einen Gewinn, sondern polemisiert gegen Ausländerin-
18 nen und Ausländer und propagiert rechtsextremes Gedankengut. Ausländerfeindlichkeit
19 und rechtsextreme Einstellungen sind trotz vielfältiger Appelle und Aktionen nicht ver-
20 schwunden, sie halten sich hartnäckig. Statistiken über rechtsextrem motivierte Straftaten
21 lassen keine Entwarnung zu. Der Einsatz für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt bleibt eine
22 Daueraufgabe.

23
24 Ein lebenswertes und attraktives Sachsen-Anhalt lebt nicht zuletzt davon, dass es den
25 Menschen Freude macht, sich vor Ort zu engagieren, in Vereinen und Verbänden, in Par-
26 teien und Gewerkschaften. Politik muss dieses Engagement fördern und darf es keines-
27 falls behindern.

28 29 30 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

31 *Lebenswerte Städte und Gemeinden, attraktiver ländlicher Raum*

32 Unsere Städte und Dörfer sind noch schöner und lebenswerter geworden. Private und
33 öffentliche Investitionen in Wohnraum und Infrastruktur sorgen für eine Verbesserung von
34 Wohn- und damit Lebensqualität. Die Bewohner identifizieren sich mit ihrem Wohnort, da
35 sie durch Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung immer direkt in Veränderungspro-
36 zesse eingebunden waren. Gute Nachbarschaften verhindern Vereinsamung und Ano-
37 nymität. Der Abriss überzähligen Wohnraums in Sachsen-Anhalt ist abgeschlossen. Die
38 Wohnungsunternehmen haben sich konsolidiert, Mieten und Bauland sind weiterhin güns-
39 tig. Das Bauen „auf der grünen Wiese“ kommt praktisch nicht mehr vor. Wohnungsunter-
40 nehmen bieten attraktive Wohnformen. Die städtischen Quartiere haben sich stabilisiert.

41 Ältere Menschen sind in das aktive Leben der Städte und Dörfer integriert. Barrierefreie
42 Infrastruktur wird zum Standortvorteil. Gesundheit und Pflege sind Wachstumsbranchen.
43 Soziale, kulturelle, schulische und Freizeitinfrastruktur haben ihr Gesicht verändert. Viele
44 Angebote werden von mehreren Kommunen gemeinsam getragen, viel wird von Bürger-
45 initiativen und privaten Stiftungen auf den Weg gebracht.

46 Der Bevölkerungsrückgang kommt allmählich zum Stillstand, Städte mit attraktiven Ange-
47 boten für Familien mit Kindern verzeichnen sogar wachsende Einwohnerzahlen. Men-

1 schen aus anderen Regionen der Welt entdecken Sachsen-Anhalt als Bildungsstandort,
2 Arbeitsort und attraktiven Platz zum Leben.

3 Im ländlichen Raum sind viele kreative Lösungen verwirklicht – vom Ruftaxi bis zur quali-
4 fizierten Tagesmutter -, die trotz zurückgegangener Bevölkerung eine Teilhabe der Men-
5 schen an öffentlichen Gütern zu bezahlbaren Preisen ermöglichen.

6 *Verbesserter Umwelt- und Naturschutz*

7 Die Situation im Umwelt- und Naturschutz hat sich weiter verbessert, da die Umsetzung
8 europäischer Vorgaben erfolgreich verläuft und die Akzeptanz durch eine aktive Umwelt-
9 bildung gestiegen ist. Durch die enge Einbindung von Umwelt- und Naturschutzmanage-
10 ment in die Tourismusbranche ist es gelungen, einen naturnahen Tourismus in Sachsen-
11 Anhalt zu etablieren, der nicht unwesentlich zur Wertschöpfung und zur Erhaltung bzw.
12 Schaffung von Arbeitsplätzen beiträgt.

13 *Kulturland Sachsen-Anhalt*

14 Die öffentliche Förderung von Kunst und Kultur wird durch private Kunstförderung und
15 neue Finanzierungsmodelle ergänzt. Es ist gelungen, die Einzigartigkeit unserer Kultur-
16 landschaft national und international bekannter zu machen. Der Kulturtourismus nach
17 Sachsen-Anhalt hat deutlich zugenommen.

18 *Land des Sports*

19 Sachsen-Anhalt bleibt Land des Sports, gleichermaßen belegt durch Spitzenleistungen
20 und breite Beteiligung und aktive Mitwirkung der Bevölkerung. Der Anteil der Bürgerinnen
21 und Bürger in Sportvereinen ist gestiegen. Bei internationalen Meisterschaften gehört
22 Sachsen-Anhalt nach wie vor zu den erfolgreichsten Bundesländern. Die Infrastruktur im
23 Sport hat sich durch gezielte Investitionen weiter verbessert, sowohl im Bereich des Spit-
24 zen- wie des Breiten- und Behindertensports.

25 *Weltoffenes Sachsen-Anhalt*

26 Die Zahl der Menschen mit rechtsextremen Einstellungen ist deutlich gesunken. Strafta-
27 ten mit rechtsextremem Hintergrund kommen nur noch vereinzelt vor, organisierte rechts-
28 extreme Strukturen gibt es in Sachsen-Anhalt nicht mehr. Ausländerinnen und Ausländer
29 leben integriert in unserer Mitte. Sie bereichern unsere Gesellschaft.

30 *Engagierte Bürgerinnen und Bürger*

31 Sachsen-Anhalt gehört im Bundesvergleich zu den Ländern mit einem hohen Anteil von
32 Menschen mit Vereins-, Verbands- und Parteizugehörigkeit. Gleichzeitig ist die Bereit-
33 schaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit für das Gemeinwesen besonders hoch.

34

35

36

1 **Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?**

2
3 ***Wohnungs- und Städtebaupolitik***

4
5 ***Wohnungs- und Städtebaupolitik mit Zukunft***

- 6 ▪ Gemeinsame Anschlusslösung von Bund und Ländern für den Stadtumbau Ost
7 nach 2009
8 ▪ Sicherung einer festen Mittelquotierung für Stadtentwicklungsprogramme aus
9 dem Länderanteil der EU-Strukturfonds für die Förderperiode 2007 bis 2013
10 ▪ Einsatz eines Teils der durch die Abschaffung der Eigenheimzulage eingespar-
11 ten Mittel für die Strukturverbesserung der Städte
12 ▪ Internationale Bauausstellung (IBA) Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 als
13 bedeutsames Kommunikationsvorhaben des Standortmarketings; Verwirkli-
14 chung der IBA-Projekte durch ressortübergreifende Kooperation
15 ▪ Verstärkung des Regional- und Stadtmarketings
16 ▪ Einsatz von Mitteln der Wirtschaftsförderung für die Stärkung städtischer Ver-
17 dichtungsräume durch stadtnahe Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben

18
19 ***Ländlicher Raum***

20
21 ***Grundversorgung und soziale Infrastruktur im ländlichen Raum sichern***

- 22 ▪ Investitionsentscheidungen der Kommunen für soziale Infrastruktur sind so zu
23 fällen, dass eine Nutzbarkeit durch alle Generationen möglich ist
24 ▪ Festlegung von Entwicklungszielen für die Regionen im Rahmen von Integrier-
25 ten Entwicklungskonzepten
26 ▪ Neuorientierung in der Dorfentwicklung, Förderung von Unternehmensgrün-
27 dungen, Anreize für privates Engagement bieten
28 ▪ Erhalt von Krippen, Kindergärten und Schulen in zumutbarer Entfernung,
29 Ergänzung durch alternative Angebote (qualifizierte Tagesmütter)
30 ▪ Nutzung von Schulen auf dem Land als Zentren des sozialen und kulturellen
31 Lebens
32 ▪ Sicherstellung eines bedarfsgerechten ÖPNV-Angebotes durch stärkeren Ein-
33 satz von flexiblen und kostengünstigen Verkehrsangeboten (Rufbus, Sammel-
34 taxi) insbesondere im ländlichen Raum

35
36 ***Umwelt- und Naturschutz***

37
38 ***Wichtige Aufgaben im Natur- und Umweltschutz konsequent abarbeiten***

- 39 ▪ Fortführung der Beseitigung von Altlasten in Böden, Oberflächengewässern
40 und im Grundwasser
41 ▪ Fortsetzung der im Jahr 1999 gegründeten Umweltallianz von Land und Unter-
42 nehmen zur Förderung von Umweltaktivitäten in der Wirtschaft
43 ▪ Reduzierung von Lärmbelastung und Luftverschmutzung
44 ▪ Reduzierung der Versiegelung von Flächen durch ein intelligentes Flächenma-
45 nagement; Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz
46 vorrangig zur Entsiegelung von Flächen
47 ▪ Gesetzliche Verankerung des Status von Naturschutz Helfern in unserem Land
48 ▪ Aktive Einbeziehung der Großschutzgebiete wie National- und Naturparke
49 sowie Biosphärenreservate in die regionale Entwicklung
50 ▪ Verbesserung der Umweltbildung, um insbesondere die junge Generation für
51 den Umwelt- und Naturschutz zumobilisieren.

- 1 ▪ Weitere Erhöhung des polizeilichen Fahndungsdrucks auf rechtsextreme
2 Straftäter

Aktive Bürgergesellschaft

Eine aktive Bürgergesellschaft entwickeln

- 7 ▪ Einsatz auf Bundesebene für die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts sowie
8 für die Umsetzung der von der Bundestags-Enquetekommission „Bürgerschaft-
9 liches Engagement“ vorgelegten bundespolitischen Empfehlungen
10 ▪ Überprüfung der Landesgesetzgebung und anderer Regelungen dahingehend,
11 ob sie dem Ziel eines „ermöglichenden Staates“ dienen, der das Zusammen-
12 wirken zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure fördert.
13 ▪ Öffentliche Würdigung von besonderem ehrenamtlichen oder zivilgesellschaftli-
14 chen Engagement
15 ▪ Förderung von altersgemäßen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendli-
16 che und Seniorinnen und Senioren auf kommunaler und Landesebene
17 ▪ Einbeziehung der Seniorenvertretungen, Behindertenbeiräte, Ausländerbeiräte,
18 Familienverbände, des Landesfrauenrats u.a. in die Vorbereitung von sozialpo-
19 litischen Entscheidungen

1 ▶ **LEITBILD 6**
2 **SACHSEN-ANHALT – EIN SOLIDER HAUSHALT UND EINE LEISTUNGS-**
3 **STARKE VERWALTUNG**

4
5
6 **Wo stehen wir?**

7 Sachsen-Anhalt steht 15 Jahre nach der Wende vor einem gewaltigen Schuldenberg, der
8 Ende 2006 rund 20 Milliarden Euro betragen wird – mehr als das Doppelte des gegenwärtigen
9 Haushaltsvolumens. Das selbst gesteckte Ziel, die Neuverschuldung bis Ende 2006
10 auf Null zu bringen, hat die gegenwärtige Landesregierung weit verfehlt. Stattdessen
11 wurden zwischen 2002 und 2006 rund fünf Milliarden Euro zusätzlicher Schulden ge-
12 macht.

13 Die Einnahmen des Landes werden aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und aufgrund
14 zurückgehender EU- und Bundesmittel bis 2020 auf zwei Drittel des heutigen Niveaus
15 sinken.

16 Wenn das Land auch künftig handlungsfähig bleiben will, muss die Neuverschuldung auf
17 Null gebracht werden. Realistisch ist dies erst zum Ende der kommenden Legislaturperi-
18 ode, also 2011. Um dies zu erreichen, muss das Land ernst machen mit der Konsolidie-
19 rung und insbesondere die Kosten begrenzen, für die es selbst verantwortlich ist. Denn
20 nur dann kann von Dritten ernsthaft erwartet werden, dass auch sie sich am Sparkurs
21 beteiligen.

22 Die gegenwärtige Landesregierung hat längst nicht alle Konsolidierungsmöglichkeiten
23 ausgeschöpft. Die Reform der kommunalen Strukturen und der Landesverwaltung ist
24 halbherzig und nur auf Druck der SPD angegangen worden. Für eine umfassende, lang-
25 fristig tragfähige Reform fehlten Kraft und Mut. Jahr für Jahr gehen somit viele Millionen
26 Euro für die Konsolidierung verloren.

27 Der Versuch, über eine verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern Sachsen und
28 Thüringen Geld zu sparen, ist vollends gescheitert. Auch hier hat es der Landesregierung
29 an Beharrlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit gefehlt.

30 In der Situation, in der Sachsen-Anhalt steht, kommt nur ein ebenso entschiedener wie
31 kluger Konsolidierungskurs in Frage. Denn um sich weiter entwickeln zu können, braucht
32 Sachsen-Anhalt in den Schwerpunktbereichen Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Forschung und
33 Familie weiterhin Ausgaben auf hohem Niveau. Umso entschlossener müssen Sparerfol-
34 ge bei den Kosten der Verwaltung und durch Bürokratieabbau durchgesetzt werden.

35 Selbst wenn dieser Kurs eingeschlagen wird und das Land alle Konsolidierungsziele er-
36 reicht, kann Sachsen-Anhalt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben auf Dauer
37 nicht schließen. Deshalb wird auch der Bund einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanz-
38 situation leisten müssen.

39

40

1 **Was wollen wir bis 2020 erreicht haben?**

2 *Solide Haushaltspolitik*

3 Sachsen-Anhalt kommt ohne Neuverschuldung aus und tilgt seine „alten“ Schulden re-
4 gelmäßig mit 200 Mio. Euro jährlich. Langsam aber stetig sinkt so die Zinsbelastung. Das
5 Land hat seine Ausgaben den verringerten Einnahmen angepasst. Durch kluges Umsteu-
6 ern ist es gelungen, die Kosten für Personal und Verwaltung drastisch zu reduzieren. Im
7 Gegenzug ist es weiterhin möglich, Zukunftsinvestitionen zu tätigen und soziale Aufgaben
8 zu finanzieren.

9 *Unsere Verwaltungsstrukturen: effizient, kostengünstig, bürgerfreundlich, unbürokratisch*

10 Sachsen-Anhalt verfügt über eine hoch effiziente, zweistufige Verwaltung mit nur noch
11 sechs Ministerien, starken Großstädten, fünf großen Landkreisen und starken Einheits-
12 gemeinden. Die Verwaltung arbeitet kundenorientiert und bürgerfreundlich. Der Einsatz
13 moderner Computertechnik erspart lange Wege und Wartezeiten, die meisten Verwal-
14 tungsvorgänge sind über das Internet zu erledigen. In den großen und starken Verwal-
15 tungseinheiten wird ehrenamtliches politisches Engagement groß geschrieben. Sachsen-
16 Anhalt hat sich auf Landesebene und in den Kommunen von überflüssiger Bürokratie
17 vollständig verabschiedet. Neue Gesetze und Verordnungen gelten nur noch befristet.
18 Ihre Gesamtzahl ist deutlich gesunken. Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen verhan-
19 deln ernsthaft über ihre Fusion zu einem starken Land Mitteldeutschland.

20

21 **Welche Maßnahmen wollen wir bis 2011 verwirklichen?**

22

23

24

Haushaltssolidierung

25 ***Finanzpolitische Hausaufgaben erledigen***

- 26 ■ Konzentration der Ausgaben auf die wichtigsten Schwerpunkte: Familien- und
27 Kinderförderungs politik, Bildung und Hochschulen, Wirtschaftsförderung
- 28 ■ Kontinuierliche Senkung der Neuverschuldung auf Null bis 2010
- 29 ■ 2011 erstmals Haushaltsausgleich und Beginn der Tilgung der aufgelaufenen
30 Verschuldung in Höhe von 200 Mio. Euro jährlich
- 31 ■ Sozialverträglicher Abbau von jährlich 2.000 Stellen im Öffentlichen Dienst
- 32 ■ Erhalt eines Korridors für Neueinstellungen vor allem bei Lehrern und Polizisten
- 33 ■ Verzicht auf weitere Verbeamtungen in allen Bereichen der Landesverwaltung,
34 in denen keine explizit hoheitlichen Aufgaben zu erfüllen sind
- 35 ■ Einzahlungen in einen Versorgungsfonds zur Mitfinanzierung der Pensionslas-
36 ten
- 37 ■ Äußerste Sparsamkeit der Verwaltung bei ihren eigenen Kosten; u.a. durch zu-
38 rückhaltende Vergabe von Aufträgen an externe Berater und Dienstleister
- 39 ■ Weitere Konzentration der Fördermittelvergabe, um Effizienzgewinne zu erzie-
40 len
- 41 ■ Vermehrter Einsatz von PPP-Projekten, um wichtige Infrastrukturinvestitionen
42 trotz angespannter Haushaltslage zu ermöglichen (z.B. Schulsanierung)

43 ***Konsolidierung gemeinsam mit den Kommunen***

- 44 ■ Langfristig angelegte Konsolidierungspartnerschaft zwischen Land und Kom-
45 munen, die durch ein neues Finanzausgleichsgesetz begleitet wird; der Finanz-

1 ausgleich berücksichtigt demografische, wirtschaftliche und raumordnerische
2 Belange stärker als bisher
3

4 ***Einnahmen stabilisieren, Haushalt entlasten***

- 5 ■ Einsatz für eine Steuerreform auf Bundesebene, die einerseits die Einnahmen
6 der öffentlichen Haushalte verbessert und gleichzeitig für mehr Transparenz
7 und Gerechtigkeit sorgt
- 8 ■ Politische Initiative in Richtung Bundesregierung mit dem Ziel, dass auch der
9 Bund einen angemessenen, über den Solidarpakt II hinausgehenden Beitrag
10 zur Stabilisierung der Landesfinanzen leistet; denkbar sind etwa eine Teilent-
11 schuldung über den Erblastentilgungsfonds, die Öffnung des Solidarpaktes II
12 für die Schuldentilgung oder die Übernahme eines größeren Anteils an den Zu-
13 satz- und Sonderrenten, die sich aus Ansprüchen aus der DDR-Zeit ableiten
14

15 ***Kommunal- und Funktionalreform***

16 ***Zukunftsfähige Kommunal- und Funktionalreform, Initiative Mitteldeutschland***

- 17 ■ Wenn wir davon ausgehen, dass die Entscheidung des Landesgesetzgebers für
18 eine Kreisgebietsreform noch in dieser Legislaturperiode fällt, dann kommt es
19 zwischen 2006 und 2011 darauf an, möglichst hohe Effizienzgewinne zu erzie-
20 len. Die SPD wird daher nach der Landtagswahl die Reform nicht grundsätzlich
21 in Frage stellen, aber eine sachgerechte Lösung im Raum Anhalt schaffen
- 22 ■ Umfassende Gemeindegebietsreform bis zur nächsten Kommunalwahl 2009:
23 Umwandlung der noch existierenden rund 90 Verwaltungsgemeinschaften in
24 Einheitsgemeinden mit mindestens 10.000, besser noch 15.000 Einwohnern
- 25 ■ Zügige Lösung der Stadt-Umland-Problematik, u.a. durch Eingemeindungen in
26 Ober- und Mittelzentren
- 27 ■ Ziele der SPD bleiben eine zweistufige Verwaltung und eine durchgreifende
28 Funktionalreform. Dies bedeutet, dass möglichst viele öffentliche Aufgaben von
29 den Kommunen, also vor Ort, erledigt werden; somit Übertragung bisher staatli-
30 cher Aufgaben auf die Kreisebene und bisher kreislicher Aufgaben auf die Ge-
31 meinden
- 32 ■ Neubelebung der „Initiative Mitteldeutschland“ mit dem Ziel, durch verstärkte
33 Kooperation haushaltswirksame Effizienzgewinne und eine bessere Entwick-
34 lung der Wirtschaft zu erreichen
35

36 ***E-Government***

37 ***Leistungsstarke und bürgernahe öffentliche Verwaltung***

- 38 ■ Stärkere Konzentration der öffentlichen Verwaltung auf ihre Funktion als
39 Dienstleisterin für den Bürger
- 40 ■ Konsequente Nutzung der Potentiale von E-Government mit dem Ziel, dass mit-
41 telfristig fast alle Verwaltungsleistungen, auf die die Bürger direkt zugreifen wol-
42 len, in den Einheitsgemeinden abgerufen werden können
43

44

1 **AUFRUF: GEMEINSAM UNSER LAND GESTALTEN**

2 Mit unserem Programm stellen wir unsere politischen Vorstellungen und Ziele zur Diskus-
3 sion. Dabei ist uns bewusst, dass die Politik allein es nicht richten kann. Eine gute Zukunft
4 für Sachsen-Anhalt gibt es nur gemeinsam. Alle müssen mithelfen, unser Land zu gestal-
5 ten.

6
7 Wir haben Vertrauen in die Menschen Sachsen-Anhalts – und wir bitten um das Vertrau-
8 en der Menschen in uns. Wir hoffen auf Ihre Unterstützung bei der Landtagswahl am 26.
9 März 2006.

10